

## **Unheilige Allianz bei Fake News zur Kriminalitätslage und Flüchtlingspolitik**

***Gastbeitrag von Professor Dr. Arthur Kreuzer, Gießen***

Es ist nicht neu, dass aktuelle Verbrechenereignisse für politische Stimmungsmache instrumentalisiert werden. Besonders in Wahlkämpfen dramatisieren namentlich Rechtspopulisten Kriminalitätslagen; sie bieten dann einfache, meist vordergründige, wenig durchdachte Patentrezepte an.

Neu und befremdlich allerdings ist es, wenn sich ein führender ausländischer Politiker zu einer angeblich gefährlichen, mit der Flüchtlingspolitik verbundenen Verbrechenentwicklung äußert und dafür die Regierung eines verbündeten Staates verantwortlich macht. So geschehen in Tweets von US-Präsident Trump am 18. und 19. Juni. Er mischte sich gezielt in die aktuelle öffentliche Diskussion um die Migrationspolitik ein. „Um zehn Prozent plus“ habe die Kriminalität in Deutschland zugenommen „seit Migranten aufgenommen werden“. Über diese Verbrechen wollten die Behörden aber nicht berichten. „Die Menschen in Deutschland wenden sich gegen ihre Führung.“ In anderen europäischen Ländern sei es noch schlimmer. So etwas wolle man in den USA vermeiden.

Die Richtigstellung der Bundeskanzlerin kann sich auf verlässliche Quellen stützen. Insgesamt ist über das letzte Jahrzehnt nach kriminalstatistischen Daten die Kriminalität nicht angestiegen, sondern sogar um etwa zehn Prozent zurückgegangen. Das gilt weitgehend auch für Gewaltverbrechen. Es ergibt sich aus den absoluten Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik ebenso wie aus Verhältniszahlen, die sich auf Häufigkeiten von Straftaten je 100.000 Einwohner beziehen. Gleichwohl können polizeistatistische Daten trügen. Sie bedürfen sorgfältiger Analyse und möglichst des Abgleichs mit Dunkelfelduntersuchungen. Die genannten beruhigenden Befunde amtlicher Erhebungen werden hier indes gestützt durch Ergebnisse von – bei uns allerdings sträflich vernachlässigten, zu seltenen – Dunkelfeldbefragungen.

Das Ergebnis rückläufiger Kriminalität wird grundsätzlich nicht getrübt durch die Feststellung, dass in einzelnen Deliktsbereichen „nichtdeutsche Tatverdächtige“ überrepräsentiert sind. Namentlich manche Migranten haben höhere Belastungsraten; unter ihnen überwiegen nämlich stärker kriminalitätsbelastete Gruppen junger Männer; sie bringen zudem oftmals von Gewalterfahrung gezeichnete Entwicklungen und Fluchterfahrungen mit sich; sie haben geringe Zukunftsperspektiven; viele verbringen ihren Alltag in Massenunterkünften, die Risiken für erhebliche Konflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen bergen; einige dürften aus kriminellen Milieus stammen.

Nun möchte man meinen, willkürliche, bar jeder seriösen Quelle aufgestellte, offenkundig falsche Behauptungen über stark wachsende Kriminalität durch Migration würden leicht durchschaut, deswegen schlicht ignoriert, notfalls amtlich richtig gestellt. Seitens der Regierung geschah das. Und doch finden sich selbsternannte Experten, die Trumps Fakes verteidigen. Da schreibt etwa ein Thomas Schlawig auf „Journalistenwatch“: „Damit ist der

amerikanische Präsident besser informiert, als so mancher Deutsche. Wer allerdings in Deutschland nicht restlos ideologisch verstrahlt ist, kommt zu demselben Erkenntnis. Wer mit offenen Augen und Ohren durch's Land geht weiß, daß Trump eher untertreibt und die Zustände schlimmer kaum sein könnten.“ Man kennt so etwas von Parolen auf Pegida-Versammlungen: „Lügen-Presse“ und lügende Politiker.

Aber auch in Parteien mit Bundestagsmandaten finden sich Verantwortungsträger, die derartige „Fakes“ aufgreifen oder selbst schaffen. Die AfD springt allzu gern auf den Fake-Zug von Trump auf: „US-Präsident Donald Trump ist durch seine Nachrichtendienste über die Kriminalität in Deutschland offenbar exakter informiert als die deutsche Regierung.“ So deren stellvertretender Bundessprecher Georg Pazderski.

Eher an Sachargumenten scheint die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, interessiert zu sein. Vor wenigen Tagen mochte sie sich in einem BBC-Interview nicht abfinden mit der ihr vorgehaltenen Tatsache, dass laut Polizeilicher Kriminalstatistik die Kriminalitätsbelastung in der Bundesrepublik auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren liege. Von Storch gab eine lediglich scheinbare Rückläufigkeit mit drastischem Rückgang der Anzeigebereitschaft zu bedenken; dafür wies sie beispielhaft auf den erheblichen Rückgang polizeilich erfasster Fahrraddiebstähle hin. Nun gibt es tatsächlich kaum fundierte Erkenntnisse über Veränderungen im Anzeigeverhalten der Bevölkerung. Da ist Raum für Spekulation. Allerdings lassen wichtige Indizien eher das Gegenteil plausibel erscheinen: eine namentlich auch bei Gewalt- und Sexualdelikten zunehmende Anzeigebereitschaft. Das legen Befunde einzelner Opferbefragungen nahe. Es dürfte außerdem auf gewachsener Sensibilität etwa gegenüber Gewalt allgemein, gegenüber Kindesmissbrauch und sexuellen Übergriffen im Besonderen beruhen. Die Enttabuisierung häuslicher und sexueller Gewalt geht in die gleiche Richtung. Öffentliche Skandalisierung entsprechender Fälle und anhaltende Diskussion über diese Erscheinungen, nicht zuletzt Bewegungen wie „Nein heißt Nein“ oder „MeToo“, mögen die Anzeigebereitschaft verstärkt haben.

Prädestiniert für Fake News und politische Instrumentalisierung sind Sexualstraftaten. Gerade dort lassen sich Politiker gern zu dramatisierenden Äußerungen hinreißen, um dann Abhilfe durch Verschärfung des Strafrechts zu versprechen. Zahlreiche Ausweitungen des Sexualstrafrechts in jüngster Zeit belegen das. Auf neue Denunziationspotenziale, Gefahren politischen Missbrauchs und bloße Schein-Erfolge solcher Gesetze habe ich zuletzt bei der Ausweitung des § 177 Strafgesetzbuch nach dem Motto „Nein heißt Nein“ hingewiesen.

Als ob er solche Missbrauchsgefahr belegen wollte, nutzte Innenminister Joachim Herrmann auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes im September Daten seines Landeskriminalamts, Ängste zu schüren und strafrechtliche Härte einzufordern. Bild-Schlagzeile: „Innenminister Herrmann schlägt Alarm – Mehr Vergewaltigungen in Bayern“. Nach polizeilichen Zählungen hätten Vergewaltigungen in Bayern um 50 % in der ersten Jahreshälfte 2017 zugenommen. Flugs brachte Herrmann das in Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik und versprach: „Unser Ziel ist, die Sexualstraftaten noch gezielter zu

bekämpfen, auch in Asylunterkünften...Fakt ist, dass dazu auch die wirksame Begrenzung der Zuwanderung und die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber einen Beitrag leistet.“ Eigentlich hätte er mit dem kriminalstatistischen Einmaleins so vertraut sein sollen, dass er nicht aus ungeprüften Polizeidaten Fakes nach Art von Trump fabriziert. Ihm hätte bekannt sein müssen, dass die umstrittene Ausweitung des § 177 bei neuen Daten zu berücksichtigen ist. „Vergewaltigungen“ hatten kriminalstatistisch vor allem drastisch zugenommen, weil neu geschaffene Straftatbestände wie gewaltlose „sexuelle Übergriffe gegen den erkennbaren Willen“ als „Vergewaltigungen“ mit erfasst waren. Weitet man das Sexualstrafrecht stetig aus, werden zwangsläufig Zahlen angezeigter und verfolgter Sexualstraftaten steigen, damit wiederum entsprechende Fehlvorstellungen von wachsender Kriminalität. Das sollten Politiker berücksichtigen und die Öffentlichkeit fundiert informieren statt Fake News zu verbreiten.